

Kriminalisierung und Rassismus

Arbeitsblatt 1g: Kurier, 26.04.2013 <http://kurier.at/politik/eu/roma-migranten-angst-vor-der-importierten-armut/10.429.338>

Roma: Angst vor der importierten Armut



Foto: Reuters/ROBERT PRATTA Problemfälle, auch in Frankreich: Roma aus Bulgarien und Rumänien

Wien und Berlin heizen Debatte über Roma-Migranten als Sozialschmarotzer an. Margaretha Kopeinig, Konrad Kramar

26.04.2013, 06:00 Ein Brief sorgt in Brüssel für Wirbel. In einem Schreiben an die EU-Kommission und die irische EU-Präsidentschaft verlangen die Innenminister von Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden und Österreich ein schärferes Vorgehen der EU-Kommission gegen sogenannte Armutseinwanderung. Die vier Innenminister, darunter auch Österreichs Johanna Mikl-Leitner klagen, dass Arbeitslose aus Rumänien und Bulgarien die EU-Reisefreiheit nützten, um in reichen EU-Staaten an Sozialleistungen heranzukommen. Oft handle es sich um Roma.

Mit diesem Sozialtourismus soll Schluss sein. Die Freizügigkeit, ein Pfeiler des Binnenmarktes und von der Wirtschaft sehr geschätzt, soll für Sozialschmarotzer nicht gelten. Die Minister weisen im Brief darauf hin, dass Personen, die sich des Betrugs schuldig gemacht haben, zwar ausgewiesen werden können, aber am nächsten Tag auch wieder einreisen können. Dieser Drehtür-Mechanismus müsse gestoppt werden – durch schärfere Sanktionen bei Missbrauch sozialer Leistungen.

Wahlkampf

Die Innenminister – Deutschlands, Hans-Peter Friedrich, und Österreichs, Johanna Mikl-Leitner, befinden sich im Wahlkampf – verlangen neue nationale europäische Bestimmungen für Neuankommlinge, die nie in einem EU-Land gearbeitet und Steuern gezahlt haben. Dass diese Menschen denselben Zugang zu Sozialleistungen haben wie Einheimische, gehe nicht an. Das sei ein „Verstoß gegen den gesunden Menschenverstand“ und müsse überprüft werden, argumentieren die Briefeschreiber.

Kriminalisierung und Rassismus

Als Motor hinter der jüngsten Initiative gilt Deutschland. Auslöser der dortigen Debatte war ein Bericht des Städtebunds, der auf die katastrophale Lage vieler Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien aufmerksam machte. In Industriestädten wie Mannheim, Frankfurt oder Duisburg würden Tausende Zuwanderer zusammengepfercht in völlig überfüllten Quartieren leben. Viele von ihnen würden obendrein Sozialhilfe beziehen und so das deutsche Budget massiv belasten.

Tatsächlich haben Rumänen und Bulgaren als EU-Bürger Niederlassungsfreiheit in Deutschland. Mit der polizeilichen Anmeldung haben sie Anspruch auf Kindergeld. Dazu kommt, dass viele als selbstständige Hilfskräfte, etwa im Baugewerbe, angemeldet sind. Werden sie arbeitslos, steht ihnen die Sozialhilfe nach Hartz-IV-Schema zu. Diese Menschen – es sind größtenteils Roma – kämen aus einer Armut, gegen die Hartz IV im Vergleich relativem Wohlstand bedeute, betonen Sozialarbeiter, die ausländische Arbeitslose betreuen.

Keine Sozialleistungen

Ähnlich aufgeheizt ist die öffentliche Debatte in Großbritannien. Geschürt von der konservativen Regierung, die Pläne veröffentlichte, in Rumänien und Bulgarien Zeitungsinserte schalten, um potenzielle Zuwanderer abzuschrecken. Premier David Cameron fährt eine demonstrativ harte politische Linie: Er hat angekündigt, alle staatlichen Leistungen für Zuwanderer massiv einzuschränken. Das reicht vom Zugang zu Sozialwohnungen bis hin zur Gesundheitsversorgung. Die konservative britische Presse versorgt ihre Leser unaufhörlich mit Horrorzahlen über eine angebliche Massenzuwanderung von armen Roma aus Südosteuropa. Ohne mediales Getrommel, aber nicht weniger hart, geht die sozialistische Regierung in Frankreich mit dem Problem um. Wie schon die konservative Regierung unter Präsident Sarkozy, lässt auch Nachfolger François Hollande wilde Roma-Siedlungen räumen und die Bewohner nach Bulgarien und Rumänien zurückschicken.

Fragen: • Was sagt der Text über die Lebensweise der Roma/Sinti aus?

- Wie werden Roma und Sinti bezeichnet? Wie würdest du den Begriff „Sozialschmarotzer“ definieren? Warum wird dieser Begriff im Zeitungsartikel nicht unter Anführungszeichen gesetzt? Was sagt das aus?
- Wie werden sie beschrieben?
- Was wird ihnen vorgeworfen?
- Was ist auf dem Bild zu sehen? – Warum ist genau dieses Bild ausgewählt worden? Was soll es darstellen, und was stellt es vielleicht wirklich dar?

Begriffserklärung:

Hartz IV: bezeichnet ein Gesetz in Deutschland, das u.a. die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II zum Inhalt hat bzw. staatliche Leistung, die die Sicherung des Existenzminimums gewährleisten soll (insbesondere für Arbeitslose und Menschen mit sehr niedrigem Einkommen).